

18. Wahlperiode

---

## Antrag

der Fraktion der CDU

### **Operatives Netzwerk Innere Sicherheit Berlin**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, zur Verhinderung von Straftaten im Zusammenhang mit Mehrfachidentitäten und Falschidentitäten eine Gemeinsame Ermittlungsgruppe „Netzwerk Innere Sicherheit“ (GEG Netzwerk) zu entwickeln, welche folgende Kriterien umfasst:

1. Zusammenführung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO), hier insbesondere der Ausländerbehörde und der Meldebehörden, und des Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) bzw. das Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) unter einer einheitliche Sach- und Fachaufsicht unter direkter Einbindung der Staatsanwaltschaft, die einen festen Ansprechpartner sowie Vertreter benennt,
2. Sicherstellung des Informationsaustausches und damit die Möglichkeit eines schnellen Datenabgleichs im Einzelfall durch örtliche Nähe sowie Nutzung gemeinsamer Datenverarbeitungswege im Rahmen eines Projektmanagementkonzeptes,
3. innerhalb der GEG muss eine Auswerteeinheit geschaffen werden, die in der Lage ist, die zu erwartende Datenflut zu bewerten, verfügbar zu machen und an die Bedarfsträger weiterzuleiten,

4. Bereitstellung der notwendigen zentralen Räumlichkeiten und erforderlichen IT-Infrastruktur vor der Arbeitsaufnahme der GEG Netzwerk,
5. Förderung der Zusammenarbeit mit NGO's und privaten Sicherheitsunternehmen; der Kontakt muss professionell gestaltet und als wichtiger Teil der Arbeit, insbesondere um Synergieeffekte zu ermöglichen, von Anfang an eingeplant werden,
6. es müssen ständig operative Kräfte bereitstehen, die notwendige Observationen, operative Maßnahmen und taktische Präventionsmaßnahmen durchführen können,
7. die Zusammenarbeit der GEG mit den für die Führung von V-Personen und für die Einleitung von Zeugenschutzmaßnahmen zuständigen Dienststellen der Polizei muss sichergestellt und von Anfang an mit eingeplant werden,
8. die Mitarbeiter in sensiblen Verfahren sollten die Möglichkeit erhalten, ihre Berichte unter der Verwendung von Codiernummern statt des Namens und der Dienstbezeichnung zu fertigen,
9. die Presse muss die Gelegenheit erhalten, die Arbeit zu begleiten und transparent zu machen, sofern dies laufende Ermittlungen nicht gefährdet.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Juli 2017 zu berichten.

### ***Begründung:***

Eine Neuauflage der früheren GE-Ident, wie sie bereits gefordert wurde, ist nicht dazu geeignet das Problem der Mehrfachidentitäten und Scheinidentitäten von Straftätern zu bewältigen. Sie wäre schon der enormen Anzahl von zu überprüfenden Personen nicht gewachsen. Eine Ermittlungsgruppe allein kann die anstehenden komplexen Probleme nicht mehr lösen, da sie es mit kriminellen hochspezialisierten Netzwerken zu tun hat, die es früher in dieser Form nicht gab.

Es ist jedoch unstrittig, dass das Problem der sich ausweitenden Scheinidentitäten in den Griff bekommen werden muss. Dies umso zwingender, da der bis dato nicht erkannte Anteil dieser illegalen Identitäten möglichst umfassend aufgeheilt werden muss, um auch den präventiven Charakter dieser Maßnahme vorantreiben zu können. Daher muss zwingend ein großes Gegennetzwerk zu den kriminellen und den terroristischen Netzwerken gebildet werden, die zudem untereinander vielfältig verwoben sind.

Eine sinnvolle Alternative kann unter diesen Umständen ein Gegennetzwerk von Dienststellen/Behörden, NGO's und Institutionen unter der einheitlichen kompetenten Führung einer verantwortlichen Sachbearbeitung und direkter Einbindung der Staatsanwaltschaft sein.

Eine einheitliche Führungsaufsicht ist wichtig, um klare Strukturen zu schaffen, den Informationsaustausch zu erleichtern und Kräfte zu bündeln.

Durch die Arbeit vieler beteiligter operativer und sachbearbeitender Kräfte, fallen in großer Zahl Informationen an. Daher muss innerhalb der GEG eine Auswerteeinheit geschaffen werden, die diese Informationen bearbeitet.

Der Senat muss sicherstellen, dass genügend Personal dafür zur Verfügung steht.

Berlin, den 18. Mai 2017

Graf Dregger Trapp  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU